

V-12 B Schluss mit dem Anti-Flüchtlingsdeal mit der Türkei – Für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Am 10. Oktober hat die Türkei völkerrechtswidrig einen Militäreinsatz im Norden
2 Syriens eingeleitet. Dem vorausgegangen war ein Truppenabzug der USA aus
3 Nordsyrien. Das Ziel dieses Einsatzes ist die Besetzung der autonomen kurdischen
4 Region Rojava und die Vertreibung der kurdischen Bevölkerungsgruppe aus der
5 Region. Dabei werden kurdische Menschen pauschal als „Terrorist*innen“
6 bezeichnet – und wie die völkerrechtswidrige Besetzung der autonomen kurdischen
7 Region Efrin im Jahr 2018 gezeigt hat, schreckt das Erdoğan-Regime in der Türkei
8 dabei auch nicht vor der Ermordung von Menschen und der Zusammenarbeit mit
9 islamistischen Gruppen, etwa aus dem Umfeld von Al Quaida, zurück.

10 **Dieser Einsatz beendet keinen Terror, er ist Terror**

11 Besonders empörend ist dabei die Begründung des Einsatzes mit der
12 Terrorismusbekämpfung. Jene kurdische Truppen, die nun angegriffen werden, haben
13 ganz konkret den Terror des islamischen Staates bekämpft und beendet. Sie sind
14 dafür verantwortlich, dass unzählige Menschenleben gerettet wurden und ganze
15 Bevölkerungen, wie die Jesid*innen, vor einem Genozid bewahrt wurden.

16 Mit der Destabilisierung der Region durch die Türkei wird nun wieder eine
17 Grundlage geschaffen, auf der sich der islamische Staat ausbreiten kann.
18 Kurdische Truppen werden nun an die Grenze abgezogen. Im Inland entsteht damit
19 ein Machtvakuum für Terroristen. Außerdem können die Gefangenenlager des
20 islamischen Staates nicht mehr kontrolliert werden. IS-Kämpfer und -Angehörige
21 (auch deutscher Staatsangehörigkeit) sind nun entweder frei, um (wieder)
22 Gewalttaten in der Region und in Europa zu begehen, fallen Racheakten zum Opfer
23 oder geraten in syrische Gefangenschaft, wo ihre Menschenrechte in akuter Gefahr
24 sind. Diese Situation ist auch dem Zögern der deutschen und anderen europäischen
25 Regierungen geschuldet, sich um ihre potenziell straffällig gewordenen
26 Bürger*innen zu kümmern, sie zurück zu holen und vor europäische Gerichte zu
27 stellen.

28 Die Situation kann legitimerweise als Totalversagen der NATO verstanden werden
29 und liefert ein weiteres Argument, um die Sinnhaftigkeit ihrer Existenz in Frage
30 zu stellen: Die Organisation, die ihrer Selbstbeschreibung nach an einer
31 friedlicheren Welt arbeitet, zeigt keine effektiven Maßnahmen vor, um den
32 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg eines ihrer Mitglieder zu unterbinden oder
33 auch nur zu sanktionieren. Im Gegenteil: Die Mitgliedschaft der Türkei in der
34 NATO wird als Begründung angeführt, um ihr weiter Waffen zu liefern, denen
35 zwangsläufig weitere Menschenleben zum Opfer fallen werden.
36

37 Die technische Ausstattung für diesen Einsatz ist dabei zentral auf Europäische
38 Staaten zurückzuführen. Entgegen anders lautender Ankündigungen genehmigte die
39 Bundesregierung alleine im Jahr 2018 Rüstungsgüter in einem Wert von mehr als
40 240 Millionen Euro an die Türkei – nach dem ersten völkerrechtswidrigen
41 Einmarsch der Republik Türkei in der Region Efrin.

42 Dass die Europäische Außenpolitik bei der Ermöglichung dieses Vorgehens
43 mitgeholfen hat und sich diplomatisch nicht einmal um eine Verhinderung dieses
44 Einsatzes bemüht, ist in den Augen der GRÜNEN JUGEND ein Skandal.

45 Wir fordern deshalb:

- 46 • die Einleitung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Türkei, welche
47 vom Umfang her die Türkei zum Einlenken zwingen und erst nach dem
48 vollständigen Abzug der Türkei aus Syrien aufgehoben werden sollen;
- 49 • einen Ausschluss der Türkei aus dem Militärbündnis der NATO;
- 50 • eine sofortige, vollständige Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen und
51 der Einstellungen aller Zahlungen im Rahm dieser – solange das illegitime
52 AKP-Regime an der Macht ist, darf es keine Normalisierung der
53 Beitrittsverhandlungen geben;
- 54 • eine Aufkündigung des Anti-Flüchtlingsdeals mit der Türkei;
- 55 • ein Exportverbot für jegliche Rüstungsgüter an die Türkei;
- 56 • alle diplomatische Bemühungen zum Stoppen dieses Einsatzes statt
57 Wegschauen durch die Deutsche Bundesregierung und die Europäische Union;
- 58 • Bemühungen der Bundesregierung für eine UN-Resolution gegen diesen
59 Einsatz;
- 60 • die Prüfung eines UN-Mandats für das Grenzgebiet zwischen der Türkei und
61 Syrien, dass die kurdische Bevölkerungsgruppe schützt und

62 menschenrechtswidrige Abschiebungen in das Gebiet verhindert – die
63 Kurd*innen dürfen nicht zum Opfer des Deals zwischen Erdoğan, Assad und
64 Putin werden;

- 65 • Bemühungen der Bundesregierung für ein Verfahren gegen den Türkischen
66 Staatspräsidenten Erdoğan vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag;
- 67 • die Einstellung von allen Zahlungen an die Türkei, etwa im Rahmen der EU-
68 Beitrittsverhandlungen.

69 **Dieser Einsatz ist ein faschistischer Angriff auf alle** 70 **Kurd*innen**

71 Vor allem stehen wir aber in diesen Tagen an der Seite der Zivilbevölkerung in
72 Nordsyrien, die diesen brutalen Allmachtsphantasien, bei Ignoranz der Deutschen
73 Bundesregierung und der Europäischen Union, ausgeliefert ist. Alle Menschen in
74 der Region, ganz egal, welcher Bevölkerungsgruppe sie angehören, haben unsere
75 volle Solidarität.

76 Im Kern dieses Einsatzes steht jedoch die kurdische Frage. Bekannt gewordene
77 Umsiedlungspläne der Türkischen Regierung zeigen, dass es dem Erdoğan-Regime im
78 Kern um eine ethnische Säuberung der Region geht. Kurdinnen und Kurden, die
79 schon im Inland der Türkei massivstem, staatlich organisiertem Terror ausgesetzt
80 sind, sollen nun auch aus rassistischen Gründen im Ausland vertrieben werden, um
81 Erdoğans Phantasie einer großen, islamischen und ethnisch einheitlichen Türkei
82 zu weichen.

83 Diese tragische Eskalation ist auch deshalb zu Stande gekommen, weil die
84 Anliegen der Kurdinnen und Kurden über Jahrzehnte durch die westliche
85 Außenpolitik vernachlässigt wurden. Dabei tragen die ehemaligen Kolonialmächte
86 eine besondere Verantwortung, da sie mit dem Vertrag von Lausanne 1923 die Idee
87 eines kurdischen Staates endgültig in den Boden stampften und die kurdischen
88 Gebiete auf den Irak, Syrien und die Türkei aufteilten. Dass der Nahe Osten
89 heute eine Krisenregion ist, kommt nicht von ungefähr – eine koloniale
90 Verantwortung müssen die ehemaligen Kolonialmächte dabei eingestehen. Die
91 kurdischen Minderheitenrechte spielen nun auch bei den EU-Beitrittsverhandlungen
92 mit der Türkei nur eine untergeordnete Rolle. Auch der Truppenabzug der USA aus
93 Nordsyrien und die damit einhergehende Ermöglichung dieses Massenmordes
94 bestätigt das Muster der starken Vernachlässigung der kurdischen Frage.

95 Die GRÜNE JUGEND steht an der Seite der kurdischen Bevölkerungsgruppe und ihrer
96 vielen politischen Akteur*innen, die um eine friedliche Lösung der kurdischen
97 Frage bemüht sind. Wir wollen sie nicht länger ignorieren, sondern, um Freiheit,
98 Selbstbestimmung und Frieden in der Region zu schaffen an einem kurdischen Staat

99 festhalten.

100 Wir fordern deshalb:

- 101 • einen kurdischen Staat, der die kurdischen Minderheiten sowohl in der
102 Türkei als auch im Iran, in Syrien und dem Irak, auf Grundlage des
103 kurdischen Siedlungsgebietes, angemessen berücksichtigen soll;
- 104 • verstärkte diplomatische Beziehungen zur Regierung der Autonomieregion
105 Rojava;
- 106 • die Wahrung der kurdischen Minderheitenrechte als Priorität Europäischer
107 Türkeipolitik;
- 108 • eine Aufhebung der Verbote kurdischer Organisationen und Symbole in
109 Deutschland und in der EU;
- 110 • einen sofortigen Stopp von behördlicher Zusammenarbeit mit Erdoğan's
111 Vorfeld- und Lobbyorganisationen, insbesondere mit der Ditib.

112 Mit wachsender Sorge beobachten wir außerdem die Entwicklungen ab dem 13.
113 Oktober. Die Bündnispartnerschaft, welche die kurdischen Streitkräfte mit der
114 Regierung Assad geschlossen haben, mag nach Abzug der US-Truppen und dem
115 Ausbleiben ernsthafter diplomatischer Konsequenzen aus militärischer Sicht
116 strategisch richtig, wahrscheinlich sogar überlebensnotwendig gewesen sein, um
117 den türkischen Angriffskrieg aufzuhalten.

118 In letzter Konsequenz bedeutet diese ungleiche Partnerschaft für die Regierung
119 in Damaskus jedoch die Wiedererlangung ihrer Kontrolle über die kurdischen
120 Gebiete und damit die faktische Aufgabe der erlangten Teilautonomie. Assad,
121 dessen Regierung zahllose Menschenrechtsverstöße vorzuwerfen sind, die 2011 zum
122 Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien führten, wird seine Position dadurch
123 erheblich verbessern können; eine Welle neuer Menschenrechtsverletzungen, bis
124 hin zu politischen Morden, ist nun auch in Rojava zu befürchten.
125 Gleichsam fatal wird diese Entwicklung für die Stabilität der gesamten Region
126 sein. Assad gilt als traditioneller Verbündeter Russlands und des Irans. Mit
127 steigendem Einfluss Russlands wird nicht nur jener der NATO-Bündnispartner
128 sinken, das Interesse des Irans an Syrien gilt insbesondere einem direkten Weg
129 für Waffenlieferungen an die Hisbollah im Libanon, die diese wiederum für ihren
130 Terror gegen den israelischen Staat nutzt. Ein wiedererstarkter Assad bedeutet
131 in diesem Sinne also zugleich auch eine Bedrohung der Souveränität Israels.

132 Aus diesem Grund fordern wir, die syrische Regierung zu einer offiziellen
133 Bestätigung der Autonomie der kurdischen Gebiete aufzufordern, um in der Folge

134 sämtliche Truppen des Regimes kontrolliert aus diesen abzuziehen.